

# Krafter Zeitung.

Nr. 289.

Dinstag, den 18. December

1860.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Nkr., mit Verendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 14 Tage 1 fl. 10 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“. Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 13. December d. J. dem k. k. Minister-Präsidenten und Minister des k. k. Hauses und des Äußern Bernhard Grafen von Rechberg-Rotheneim die Annahme und das Tragen des ihm von Se. Majestät dem Könige von Württemberg verliehenen Großkreuzes des königl. Verdienst-Ordens der Württembergischen Krone allergnädigst zu gestatten geruht.

Mit der gleichen Allerhöchsten Entschliessung haben Se. Majestät allergnädigst zu bewilligen geruht, daß der k. k. Rammeter und Gesandte Graf Emerich Szécsényi den ihm von Se. Majestät dem Könige beider Sicilien verliehenen St. Januarius-Orden, der Hof- und Ministerial-Sekretär und Direktor des Archivs und des Protokolls der ersten Section im Ministerium des k. k. Hauses und des Äußern Karl von Dilgskron, der Hof- und Ministerial-Konzipist Heinrich Galice und der Expeditions-Assistent desselben Ministeriums Adolph Nicker den Ottomaniſchen Verdienst-Orden vierter Klasse annehmen und tragen dürfen.

Der Minister für Kultus und Unterricht hat die provisorischen Lehrer an der Unterrealschule zu Poltsch, Adalbert Bures und Florian Finkels, zu wirklichen Lehrern an dieser Lehranstalt ernannt.

Das Justizministerium hat dem Alexius Wolf, Landesgerichtsrath bei dem k. k. Kreisgerichte zu Poltsch, die angesehene Uebersetzung in gleicher Eigenschaft zu dem Landesgerichte in Brünn zu bewilligen befunden.

Das Justizministerium hat die bei dem k. k. Kreisgerichte zu Gills erledigte Rathstelle dem Komitaterichter in Neuſohl Anton Reumert im Wege der angesehnen Uebersetzung zu verleiſen befunden.

Das Justizministerium hat die bei dem k. k. Kreisgerichte in Rannth. Krain. Ober-Landesgerichte in Graz erledigte Richters-Adjunktenstelle dem Hilfsamter-Direktor des k. k. Landesgerichtes in Radau Fridolin Müller über sein Ansuchen zu verleiſen befunden.

Das Justizministerium hat den Hilfsamter-Direktor bei dem Kreisgerichte in Trient, Stephan Tait, zum Hilfsamter-Direktor bei dem Kreisgerichte in Oberlandberger ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 18. December.

Mit der in Paris erschienenen Broschüre „Kaiser Franz Joseph I. und Europa“ kann, obgleich der officiële Papst den officiële Ursprung des sehr oberflächlichen Machwerks abkündet, der Feldzug gegen Oesterreich als eröffnet betrachtet werden. Die Broschüre ist hauptsächlich auf Deutschland berechnet. Dieselbe sucht nachzuweisen, daß Oesterreich eigentlich kein Recht auf Venetien habe, daß Venetien ohne militärischen Werth für Oesterreich und politisch nur eine Last sei, und Oesterreich aus einem Verkaufspreis von 500 bis 600 Millionen Franken außerordentliche Vorteile ziehen könne. Wenn die Besitztitel auf Venetien nicht rechtskräftig sind, müssen unzählige andere das Schicksal derselben theilen. Daß Venetien ohne militärische Bedeutung, ist einfach eine Alerneheit. Der moralische Verlust, der Oesterreich aus einem Verkauf Venetiens erwachsen würde, dürfte unermesslich sein. Der Broschüre werden andere Agitationsmittel folgen, denn der Krieg gegen Oesterreich wurde bei Villafranca nicht beendet sondern nur abgebrochen, und er wird in wenig Monaten mit andern Waffen wie mit Federn weiter geführt werden. In Deutschland wird die Majorität die venetianische Frage vermutlich abkündet, so auffassen, daß sie einen Grund hat, die Hände in den Schooß zu legen, wenigstens die Auffassung natürlich mit einem ungeheuren Aufwand von liberalen und patriotischen Phrasen gerechtfertigt werden wird. E. Napoleon kennt diese Schwäche des deutschen Volkes zu gründlich, um nicht aus ihr Nutzen zu ziehen. Im Vorjahr war das Stichwort die Localisirung des Krieges, jetzt ist es die Wertlosigkeit Venetiens für Deutschland.

Wie der Independance Belge aus Paris aus ziemlich guter Quelle mitgetheilt wird, sind am 12. die neuen Vorstellungen an den König nach Gaeta abgegangen, und es werden ihm drei Wochen Frist gestellt, wo Frankreich sein Geschwader zurückziehen werde.

Aus Turin wird der „Köln. Ztg.“ unterm 12. Dtz. geschrieben: Das Bombardement gegen Gaeta ist auf Verlangen des Kaisers der Franzosen eingestellt worden und dürfte erst morgen in der Nacht oder übermorgen mit Tagesanbruch wieder aufgenommen werden. Graf Bismarck hat ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den König gebracht, das nach Neapel gesandt wurde. Die sardinische Regierung will Franz II. Zeit zur Ueberlegung lassen. Die französische Regierung hat ein Schiff nach Gaeta geschickt mit der Besatzung für Barbier de Tinn, Franz II. anzukündigen, daß, wenn er Gaeta nicht verläßt, die Flotte Frankreichs sich zurückziehen werde. Dieselbe wird, da Franz II. trotz des einstimmigen Drängens von England, Frankreich und Rußland keine Anstalten zur Abreise macht, den Hafen von Gaeta demnächst verlassen. Die Einnahme oder die Capitulation dieser Fe-

ftung dürfte somit jedenfalls noch im Laufe dieses Monats erfolgen.

Ein pariser Correspondent der „A. Z.“ spricht von dem nahe bevorstehenden Rücktritt des Grafen Cavour. Die Unpäßlichkeit, welche ihn vor einigen Wochen plötzlich anwandte, war ein Schlaganfall, welcher durch schnelle ärztliche Hilfe abgemindert werden konnte, der sich aber kürzlich, obwohl in leichter Weise, so erneuert hat, daß die Ärzte darin für den Grafen Cavour die dringende Mahnung erblickten, die Bürde der Staatsgeschäfte je früher desto besser abzulegen. Zuriner Berichte sprechen von einer Ministerkrisis in Folge eines Zerwürfniſſes zwischen Cavour und Minghetti dem Minister des Innern.

Somit veröffentlichte der „Moniteur“ die Ernennungen von Bischöfen erst nach eingeholter päpstlicher Bestätigung. Heute macht er von dieser Regel eine den Gang der Ereignisse sehr bezeichnende Ausnahme. Er veröffentlicht die Beförderung dreier Abbe's zu Bischöfen, bevor die Bestätigung aus Rom eingetroffen ist, oder dort angeſucht wurde. Die Abwesenheit des päpstlichen Nuntius von Paris scheint also den Verkehr zwischen den Tuilerien und dem Vatican, zwischen dem französischen Cultusminister und der römischen Curie sehr zu beeinträchtigen. Dem Papst wird es recht ſühlbar gemacht, daß man sich, da seine weltliche Macht und Unabhängigkeit ſchwindet, auch über seine kirchliche Gerichtsbarkeit und Competenz hinaussetzt.

Die bekannte Note des dänischen Ministers Hall vom 10. Sept. ist, wie verlautet, von den beiden großmächtigen Regierungen den vereinigten Ausschüssen am Bunde vor Kurzem mitgetheilt worden. Die Ausschüsse ſollen auch bereits dieserhalb zu Beratungen zusammengetreten ſein; es wird indeß bezweifelt, daß schon in einer der nächsten Sitzungen der Bundesversammlung eine bezügliche Vorlage erfolgen wird. So sehr die Regierungen gerade in dieser Angelegenheit eine eben so rasche wie betriebende und ebrenvolle Erledigung derselben wünschen, so erfordert doch keine mehr eine sorgfältige und behutsame Prüfung der zu faſſenden Beschlüsse. Es handelt sich nicht nur darum, der dänischen Verschlagenheit keine Hintertür offen zu laſſen, sondern auch durch strenge Einhaltung des bundes- und tractatenmäßigen Weges fremden Mächten keinen Anlaß zur Einmischung zu geben.

Unter den Staaten, auf welche die dritte Million bei Ablösung des Stader Zolles repartirt werden soll, befindet sich natürlich auch Dänemark. Die dänische Regierung ist aber nicht damit zufrieden, daß man ihr den Sundzoll, man weiß in welcher Weise, abgelöst hat; ſie macht jetzt auch wegen des Stader Zolles Schwierigkeiten und verlangt, daß die Frage der Commission für die Elbzölle combinirt werde. Mit der letzteren hat aber die maritime Frage des Stader Zolles nichts zu thun.

Ueber den Stand der Savoyer Frage entnehmen wir einer von dem Schweizer Bundespräsidenten Frei-Herosé auf eine Interpellation an den Ständerath ertheilten Antwort folgendes: Von England ſets warm unterstützt, habe der Bundesrath immer daran festgehalten, daß eine Gebietsabtretung zum Zweck einer bestimmten militärischen Grenze als ein Ersatz für die früheren Rechte der Schweiz in Savoyen einzig annehmbar ſei. Frankreich wolle auf eine solche nicht eingehen. Direkte Unterhandlungen mit Frankreich haben dieserwegen nicht stattgefunden, ebensowenig Koalitions- oder Allianz-Versprechungen. Der Bundesrath halte fest an der nationalen Neutralitätspolitik.

Die „Times“ spricht sich wiederholt für möglich energische Kriegsführung in China aus und zürnt, daß das jetzige Cabinet Mitglieder (ſie meint Lord John Russell, Gibson und Gladstone) mit ſeltſamen Begriffen über die Rechte kriegsführender Nationen enthalte.

Die genannten Minister haben nämlich im Parlament dann und wann leise Zweifel an der Politik und Gerechtigkeit des chinesischen Krieges geäußert. Blätter, die sich dieser Sünde ſchuldig gemacht, wie „Daily News“, „Globe“, „M. Herald“, „Star“ u. a., werden von der „Times“ als „Chinesenblätter“ benannt. Die gefangenen und vermißten Engländer, Brabazon, Boulby, u. d. a., müſſen, ſo donnert ſie, herbeigeführt werden und ſollte man die ganze Stadt Peking, einen Tempel und ein Haus nach dem anderen zerstören müſſen! Wenn jetzt der feige Weichling von Kaiser mit seinen Poppsmandarinen und seiner Armee sich jenseits der chinesischen Mauer geſtülct habe, so werde Lord Elgin diesen Hof und diese Regierung zu schleuniger Rückkehr aus der Tartarei zu bewegen wiſſen. (Womit die „Times“ wohl zu verstehen gibt: der englische Bevollmächtigte brauche nur den Kaiser und seine Dynastie des Thrones für verluſtig zu erklären, wenn

er bis zu einem gewissen Termin nicht wieder in Peking ſei.) „Lord Elgin“, ſagt ſie, „hat jetzt das Schicksal der Tartarendynastie in Händen. Er kann ihr auf die Beine helfen, er kann ihr den Garauſ machen. Da es kein Volk auf Erden gibt, das sich ſo ſchnell in die Gewohnheiten der Ordnung ſchickt wie die Chinesen, ſo würde die Bildung einer neuen Regierung in China auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ſtoßen und der Sturz des Tartarendespotismus würde keine Anarchie hervorrufen müſſen. So weit es auf das Wohl der 300 Millionen Seelen ankommt, ist es ſchwer zu ſagen, welche Politik demſelben günſtiger wäre. Der lieberliche Schwächling, der mit ſeinem Hof und ſeiner Armee nach den Schneefeldern der Tartarei geſchoben ist, konnte bekanntlich ſchon ſeit Jahrhunderten keine große Stadt außer Peking ſein eigen nennen. Es ſind beinahe zehn Jahre daß Peking, die alte Hauptſtadt und die zweite Stadt des Reichs, in die Gewalt eines Königs gefallen den man nach zehn-jähriger Regierung kaum mehr einen Präſidenten nennen kann. Hankau wurde in dieser Zeit fünfmal niedergebrannt und ausgeplündert. Canton halten wir nicht gegen den Kaiser von China, ſondern für ihn gegen die Rebellen. Auch Schanghai wird durch europäische Waffen gegen die Rebellen verteidigt. Eutſcheu und Hongkong ſind häufiger in der Gewalt des Königs von Peking als in der des Kaisers von Peking. Es ſteht allerdings zuweilen eine kaiſerliche Armee im Felde, aber anſtatt eine Schutzwehr zu ſein, wird ſie nur eine Geißel mehr für das Volk. Die beiden Heere bekämpfen ſich nicht, ſie machen Märsche und Gegenmärsche und ſengen und plündern auf dem Marsch mit dem freundſchaftlichſten Einverständnis. Ob Lord Elgin den einen oder den andern Weg einschlägt, ſo kann er doch, fürchten wir, dabei kaum von der Hoffnung beſeelt ſein dem chinesischen Volk einen Zustand der Sicherheit zu verſchaffen. Kurz, die Times weiß auch nicht was Lord Elgin in dieser Richtung thun ſoll, meint aber: er habe mit der Ming-Dynastie jedenfalls einen Trunpf gegen die Mandſchu-Dynastie in der Hand. Vor allem aber müſſe Englands Handelsinterſſe als Kriterium gelten.

Der Globe andererseits bedeutet, daß die Mandſchu-Dynastie nicht die Nothwendigkeit erkennt haben der Freundschaft Englands, Frankreichs und Nordamerikas eine Stütze gegen die hinterliſtigen Eingriffe Rußlands zu ſuchen. Er befürchtet ferner, daß die Befestigung Peking's zu einer Erſchütterung der Dynastie und einem Zuſtande der Anarchie führen werde, wie er bis jetzt noch nicht erlebt worden, der lachende Erde aber werde kein anderer als Rußland ſein: „Rußland“, fürchten wir, „wird eher als England oder Frankreich der letzte Raubvogel ſein der am chinesischen Reichthum zehrt.“

## Verhandlungen des verstärkten Reichsrathes.

Sitzung am 22. September 1860.

(Fortſetzung.)

Graf Majlat h: „Ich nehme mir die Freiheit, den Antrag des Hrn. Grafen Clam zu unterſtützen. Nachdem der hohe Reichsrath den Beſchluß des Komitês zu ſeinem eigenen gemacht hat, ſich bei der Begutachtung des Staatsvorſchlages nicht auf eine ziffermäßige Prüfung zu beſchränken, ſondern auch die geiſtigen Faktoren in's Auge faſſen zu wollen, dürfte die Hinweiſung auf eine Uebelſtand keineswegs als ungerathen erſcheinen, welcher auch einer der wichtigſten Faktoren einer keineswegs unberechtigten Mißſtimmung iſt.“

„Ich will nicht in Wiederholung von ſchon Geſagtem verfallen, nachdem dieſer Gegenſtand ſowohl vor zwei Tagen, als auch jetzt hinreichend erſchöpft worden zu ſein ſcheint. Ich will nur darauf hinweiſen, daß das, was ſich in dem Zuſtande der Preſſe der Hauptſtadt als unerfreulich erweiſt, dieſelbe Wirkung, jedoch in noch viel höherem Maße und in geometriſcher Progreſſion bei der Preſſe in den einzelnen Ländern der Monarchie äußert. Es iſt alſo nothwendig, wenn das Bild der Zuſtände ein vollkommen komprehenſives ſein ſoll, daß die Zuſtände der Preſſe gleichfalls in's Auge gefaßt und hinzugefügt werden.“

„Aber ich glaube, der hohe Reichsrath hat damit auch ſeiner Verpflchtung genügt, wenn er darauf hinweiſt, daß eine geſchickliche und freie Bewegung der Preſſe bei der bevorſtehenden Entwicklung des öffentlichen Lebens als nothwendig erſcheint. Ich weiter in ſpe-

zielle Richtungen einzulaſſen, dürfte, glaube ich, um ſo weniger angezeigt ſein, als ſich der hohe Reichsrath überhaupt in dieſer Beziehung nur in allgemeinen Richtungen bewegen kann. Daß dieſes nothwendig iſt, gibt wohl die Sachlage ſelbſt. Nachdem die Selbſtverwaltung einmal als leitender Grundſatz ausgeſprochen iſt, eine erſtgemeinte Selbſtverwaltung ohne Offenſtlichkeit der Verhandlung aber nicht gedacht werden kann, ſo müſte einerſeits ohne eine freiere Bewegung der Preſſe das Wort, welches in einer Verhandlung geſprochen wird, ohne Widerhall verklingen, andererseits ohne ein öffentliches Leben die Preſſe am Schreibtiſche verkümmern und zu einer Art von Bureau werden. Schrift und Wort, der todte Buchſtabe und das ſchlagende, pulſirende, organiſche Leben müſſen ſich gegenseitig ergänzen; nur aus dieſem ihrem harmoniſchen, einmüthigen Zusammenwirken kann ſich eben eine geläuterte, zum Rechtsbewußtſein geſtärkte öffentliche Meinung bilden, welche nicht auf dem Einbruche des Augenblicks, ſondern auf den wirklichen Interſſen und Bedürfnissen fußt und beruht. Eine ſolche öffentliche Meinung iſt eine reelle Macht. Sie iſt die ſicherſte Kontrolle, aber auch der ſicherſte Bundesgenoſſe jeder Staatsverwaltung.“

„Sie iſt dann eine öffentliche Macht, denn ſie iſt der ſicherſte Damm, an dem ſich einerſeits die Wogen der Willkür, andererseits aber die Wogen der Ausſchreitungen brechen.“

Dr. Hein: „Anknüpfend an dasjenige, was der geſchätzte Herr Vorredner geſagt hat, mache ich darauf aufmerkſam, daß es ſelbſt im wohlverſtandenen Interſſe jeder Regierung liege, daß das Rechtsbewußtſein des Volkes durch ſolche Zuſtände, wie ſie die öffentliche Preſſe in Deſterreich erleidet, nicht gekränkt und nicht beirrt werde. Wenn ein Preſſegeſetz beſteht und doch die Preſſe durch Ermahnungen, durch Konſiſtationen beengt wird, wenn man heute erlaubt, was morgen verboten wird, wenn an verſchiedenen Orten der Monarchie verſchiedene Maßnahmen gegen die Preſſe ergriffen werden, ſo muß dies nothwendig das Rechtsgefühl des Volkes verletzen, und doch gehört ein geſunder Rechtsſinn des Volkes zu den wichtigſten Faktoren des öffentlichen Lebens und zur Stütze der Regierung. Es iſt darauf hingewieſen worden, daß das öffentliche Leben in Deſterreich ſich nothwendig ausbilden müſſe, wenn die Inſtitutionen, welche von der Regierung verheißen worden ſind, in's Leben gerufen werden ſollen. Darin wird alſo jenes Korrekſiv auch beſtehen, auf welches Graf Clam hingewieſen hat. Ich unterſtütze daher ſchon aus dieſem inneren Grunde auch deſſen Antrag und erlaube mir noch darauf hinzuweiſen, wie gefährlich es für die Regierung ſei, in dem jetzigen Syſteme zu verharren, wo ohne beſtimmte geſchickliche Vorſchriften doch eigentlich dasjenige, was die Zeitungen ſagen, oder was überhaupt in der Preſſe geſprochen werden darf oder nicht, mehr oder weniger von den Anſchauungen einzelner Adminiſtrativbeamten abhängt. Dadurch entſteht der gefährliche Zuſtand, daß man für Alles und Jedes, was erlaubt iſt, die Regierung verantwortlich macht, und daß oft Richtungen der Regierung zugeſchrieben werden, die ſie wirklich nicht verfolgt, weil eben vielleicht der einzelne Adminiſtrativbeamte in ſeinen Anſchauungen von denjenigen der Regierung abgewichen iſt, oder eigentlich die Anſchauungen der Regierung, das Syſtem, welches ſie verfolgt, und die Richtungen, welche ſie beſolgt, nicht richtig erkannt und aufgefaßt hat.“

„Es liegt alſo in dem wohlverſtandenen Interſſe der Regierung ſelbſt, daß der Preſſe der reale Boden geſichert und daß ſie überhaupt auf jenen Zuſtand zurückgeführt werde, wo die adminiſtrative Willkür nicht mehr eintreten und Platz greifen kann.“

Fürſt Clam: „Ich erlaube mir den Antrag des Herrn Berichtſtatters Grafen Clam auf das Wärmſte zu unterſtützen. Mir ſcheint er alles dasjenige auszuſprechen, worauf es in dieſer Sache vorzüglich und weſentlich ankömmt. Ich möchte mir nur erlauben, vor der hohen Verſammlung einen Urgrundsatz auszuſprechen, worauf dieſes fußt, und der iſt dieſer: „daß in einem Organismus Alles nach einem gleichen Geſetze gehen muß“, d. h. ein jedes einzelne Glied unterliegt einem Hauptgeſetze; es kann nicht ein Theil ſich nach einer Richtung bewegen und der andere nach einer anderen, oder kurz ausgedrückt: es kann ſich ein Theil des Organismus nicht nach rationellen Geſetzen, der andere nach bloß mechanischen Geſetzen bewegen. Es iſt ſchon hervorgehoben worden, und ich will es nicht mehr wiederholen, daß das öffentliche Leben ein Korollar der freien Preſſe ſein muß; ebenſo gut iſt die freie Preſſe ohne öffentliches Leben nicht denkbar. Unter der freien Preſſe verſtehe ich aber nicht eine zügelloſe Preſſe, ſondern eine Preſſe, die mit wahrer männlicher Freiheit



filles Dasjenige aufnimmt und bespricht, um was es sich handelt. Aber gerade, wenn andererseits kein öffentliches Leben herrscht, ist die Presse in Gefahr, selbst unfrei zu werden; sie wird dann nur ein Ausdruck Einzelner oder Mehrerer, die sich in einer Richtung bewegen — sie kann aber nicht der wahre Ausdruck des öffentlichen Lebens sein. Durch die Unfreiheit der Presse hat sie ganz ihre eigene Natur verloren, sie soll der Theorie nach der Ausdruck der öffentlichen Meinung sein, und in der Praxis hat sie bürokratisches Wesen, bürokratische Formen angenommen. Während nur eine einzelne Stimme sich hörbar machen darf, werden andere Stimmen ganz unterdrückt; oder wenn sie schon irgend einen Winkel finden, wo sie sich ausdrücken können, werden sie entweder todt geschwiegen, ignoriert, oder sie werden überschrien von der Mehrheit der Stimmen, nicht von der Mehrheit der wirklichen Meinung, so daß gewisse Prinzipien, gewisse Thatsachen und Fragen gar nicht zur gehörigen Beleuchtung und Bepreisung kommen können. Ich fühle mit dem Berichterstatter Grafen Clam, daß es nicht in der Kompetenz des hohen Reichsrathes basirt ist, bestimmte Gesetzentwürfe vorzuschlagen; aber daß es in dieser Hinsicht sehr nothwendig ist, daß etwas geschehe, kann ich nur aus dem obersten Grundsatz des öffentlichen Lebens ableiten. Sollen also die Institutionen der Autonomie und der Selbstverwaltung, welche die Regierung im Auge hat, und von welchen, wie der Herr Reichsrath v. Majláth ganz richtig bemerkt hat, das öffentliche Leben unzertrennlich ist, vernichtet werden, so muß, um sie zu begleiten, nothwendiger Weise eine freiere Presse existiren, aber eine freiere Presse nicht im Sinne einer überschäumenden Freiheit, sondern im Sinne einer wohlverstandenen Freiheit, nicht daß einzelne Pressorgane einen willkürlichen Druck ausüben, sondern in dem Sinne gedacht, daß sie eben der Ausdruck des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Meinung wäre, und darum erlaube ich mir in diesem Sinne den Antrag des Herrn Grafen Clam zu unterstützen."

Graf Szécsen: „Indem ich auch meinerseits dem Antrage des Herrn Grafen Clam beipflichte, theile ich das nicht nur wegen der Wichtigkeit des Prinzips, das in diesem Antrage enthalten ist, sondern auch wegen des Maßes, welches in der Formulirung des Antrages beobachtet wurde. In die Fragen der Presse, ihre Regelung und Wirksamkeit hier weiter einzugehen, dürfte uns in eine sehr weitläufige und erfolglose Diskussion verwickeln, nicht bloß, weil es da nothwendig wird, gesetzliche Bestimmungen speziell zu formuliren und dieser Versuch über die Grenze unserer Aufgabe hinausgehen wird, sondern auch, weil sich hier große Prinzipienfragen aufdrängen, z. B. über die wahre Natur der Presse und über den Unterschied zwischen dem wirklichen Ausdruck der öffentlichen Meinung und jener Grenze, an der sich das publizistische und das industrielle Moment des Journalismus berühren, über die unerantwortliche Macht im Staate, welche Alles kontrollirt, selbst aber wesentlich unkontrollirbar ist, und weil diese Fragen wieder weitläufige Besprechungen und Diskussionen erfordern würden, wenn sie vollständig erschöpft und beleuchtet werden sollen. In allen ähnlichen Fragen gibt es aber einzelne Punkte, welche ganz außer der Diskussion stehen, weil sie in Folge eines langen Meinungsaustausches endlich allgemein anerkannt und zu positiven politischen Wahrheiten geworden sind."

„Zu diesen politischen Wahrheiten zähle ich insbesondere die, daß der Versuch bei dem gegenwärtigen Verhältnisse der Europäischen Presse von Seite einzelner Regierungsorgane, für das Gebaren der Presse Präventiv-Maßregeln auszuüben, meist wirkungslos und schädlich ist, nicht weil ich in dieser Beziehung die Ansichten von dem natürlichen Rechte des freien Gebrauchs der Presse theile, auf dem politischen Boden erleiden natürliche Rechte sehr bedeutende Beschränkungen, und ich habe niemals verstanden, wie ein Recht, das in der Wirkung und den Mitteln ein staatsrechtliches Leben und eine staatsrechtliche Gesellschaft voraussetzt und nur unter dieser Bedingung Geltung und Entwicklung finden kann, wie ein solches Recht bloß vom Standpunkte des natürlichen Rechtes beurtheilt werden will — sondern weil ich glaube, daß von dem Augenblicke an, wo sich ein regeres geistiges Leben entwickelt, der Versuch, diesem geistigen Leben vorzugreifen und es präventiv zu leiten, nothwendigerweise ganz wirkungslos sein muß. Er wird doppelt wirkungslos werden, da die Grenzen der verschiedenen Länder durch erleichterte Kommunikationsmittel und durch regeren Austausch von Ideen und Gedanken immer mehr verschwinden, und weil ein ähnlicher Ideenaustausch, wenn man ihn auf einem Punkte verbinden wollte, sicher auf einem anderen mit desto größerer Kraft hervortreten würde. Ich erinnere mich hier der Aeußerung eines unvergesslichen Staatsmannes, dessen unsterbliche Verdienste um die österreichische Monarchie in Zeiten stürmischer Aufregung verkannt, aber von der prüfenden Geschichte niemals unterschätzt werden können. Dieser große Staatsmann, der für einen der entschiedensten Vertheidiger der Präventiv-Censur gegolten hat und der mir bei Gelegenheit einer eingehenden Discussion über diese Frage einmal gesagt hat, die Präventiv-Censur sei eine schlechte und ungenügende Waffe, weil sie ein negatives Mittel ist und mit bloß negativen Mitteln die großen Interessen der Gesellschaft niemals gewahrt werden können."

„Von dieser Ansicht ausgehend und nachdem bereits Herr Graf Clam auf die Nothwendigkeit der Regelung der Pressverhältnisse hingewiesen hat, nachdem ferner, wie einerseits das öffentliche Leben die freie Bewegung der Presse erheischt, andererseits eine freie Presse ohne öffentliches Leben nur zur Usurpation des Ausdrucks der öffentlichen Meinung durch die Organe einzelner großer Städte führt; so schließe ich mich dem Antrage des Herrn Grafen Clam an, und zwar um so mehr, weil dieser Antrag die Schwierigkeiten, die in der Sache liegen, keineswegs verkennt oder verheißt."

Die hohe Versammlung hat im ganzen Laufe ihrer Verhandlungen vermieden auf bloße Schlagworte einzugehen, aber eben so wie dies vermieden werden soll, eben so ist es Pflicht des Reichsrathes, wo unter diesen Schlagworten ein wahres, wirkliches Bedürfnis vorhanden ist, sich nicht aus Scheu vor den Schlagworten der Anerkennung dieses Bedürfnisses zu verschließen. Ich schließe mich also dem Antrage des Grafen Clam an."

Reichsrath Maager: „Ein Theil dessen, was auch ich berühren wollte, ist von den hochverehrten Herren Vorrednern in wärmster Weise ausgesprochen worden, namentlich Graf Szécsen hat dem größeren Theile dessen, was ich sagen wollte, in wärmeren, schöneren, bereiteren Worten, als ich es vermöchte, Ausdruck verliehen. Ich will darauf nicht weiter zurückkommen, um Wiederholungen zu vermeiden. Ich freue mich, daß ich den Antrag in dieser Beziehung bei einer anderen Gelegenheit gestellt habe; ich freue mich, daß eine allseitige Anerkennung dieser hochwichtigen Angelegenheit in dieser hohen Versammlung zu finden ist, und trete dem Beschlusse, wie er hier von dem Herrn Grafen Clam beantragt worden ist, vollkommen und mit Befriedigung bei."

„Indem ich dies theile, erlaube ich mir einen, wenn auch minder wichtigen Umstand vorzubringen, eine Seite, die, wie ich glaube, nicht berührt worden ist; es ist dies die finanzielle Seite der Frage; denn auch vom finanziellen Standpunkte aus muß gewünscht werden, daß die Presse eine freie sei. Die Kontrollbehörden nehmen, wenn auch nicht einen sehr bedeutenden, dennoch einen Theil der Staatseinnahmen in Anspruch. Die beste Kontrolle im Staate haushalte ist nun aber die öffentliche Meinung. Die öffentliche Meinung wird jedoch nur dann eine Kontrolle ausüben können, wenn sie eine freie Presse zur Seite hat."

„Diesen letzteren Standpunkt erlaube ich mir nun ganz kurz zu bezeichnen."

Nach einigen beistimmenden Bemerkungen der Herren Reichsräthe v. Szécsenyi, St. Hartig und Arenberger ließ Sr. kais. Hoheit der Herr Reichsrath-Präsident zur Abstimmung schreiten.

Graf Clam verlas den bereits früher erwähnten Antrag nochmals, worin jedoch statt „gesetzliche Regelung" gesetzt wird: „baldige Regelung", welchem Antrage die große Mehrheit beistimmte.

## Österreichische Monarchie.

Wien, 17. Dezember. Sr. Exc. der Staatsminister Ritter von Schmerling hat heute Vormittag die Beamten seines Ministeriums sich vorstellen lassen. Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben zur Gründung eines Gesellen-Hospizes dem katholischen Gesellenverein zu Pressburg dreihundert Gulden, Sr. Majestät der Kaiser Ferdinand dem Prager Katholikenvereine ein Geschenk von 80 Gulden zu überreichen geruht.

Ihre k. Hoheiten die Frau Erzherzogin Sophie, dann die Herren Erzherzoge Ferdinand Max und Leopold und Frau Erzherzogin Charlotte haben dem St. Joseph von Arimathea-Verein namhafte Beiträge als Spenden überreicht.

Lord Loftus, königlich englischer Gesandter, ist von London hier angekommen.

Der Statthalter Freiherr von Burger hatte vor einigen Tagen eine Privataudienz bei Seiner Majestät dem Kaiser und kehrt heute nach Triest zurück.

„Im Linzer Gemeinderathe wurde die Frage aufgeworfen, ob der Kriegszuschlag in den Wahl-Census eingerechnet werden soll. Diese Frage wurde dem Staatsministerium zur Entscheidung unterbreitet, welches sich dahin ausgesprochen hat, daß der Kriegszuschlag in den Census bei den Gemeindevahlen nicht einzurechnen ist."

Aus Gran wird unterm 15. d. telegraphirt: Die Landes-Conferenz Eingeladenen treffen bereits zahlreich hier ein. Allgemein wird angenommen, daß die Beratungen binnen fünf Tagen beendet sein werden, so daß das Ergebnis derselben noch vor Weihnachten Sr. Majestät unterbreitet werden kann. Nach einer kompetenten Combination dürfte der Landtag schon am 10. Februar k. J. beisammen sein und eröffnet werden.

Die bereits erwähnte Inflation des Fürst-Primas als Graner Obergespan am 11. d. war sehr feierlich. Unter tausendstimmigen Eilen fuhr der Primas durch die mit Nationalfahnen geschmückten Gassen nach der Comitatscurie, wo er die Generalversammlung mit einer längeren Ansprache begrüßte. Sr. Eminenz sprach in vornehmlichem Tone. Nachdem das Ernennungsdecret vorgelesen worden, erklärte Sr. Eminenz, daß er, als er die Primaswürde annahm, den Schwur der Treue bereits in die Hände Sr. Maj. niedergelegt und daß er sein Gelübde, den Thron in guten wie in bösen Tagen niemals zu verlassen, dem Armen wie dem Reichen Gerechtigkeit zu bieten, zu jeder Zeit halten werde. Durch diese Erklärung wurde die Eingefragte unter dem rauschendsten Beifalle erledigt. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Primas, die Annahme des a. b. Diploms vom 20. Oct. in „huldigender Ehrfurcht" könne schon deshalb keinen Anlaß zu ernster Sorge geben, da selbst nach diesem Diplome die ungarische Nation kein anderes Gesetz kenne, als welches das Land selbst durch seine gesetzlichen Repräsentanten bringt und der König sanctionirt. — Er sei Pflicht, die volle und gesetzliche Potenz der Comitatsmunicipien zurückzuerlangen. Deshalb verlese er auch das Graner Comitatsfactum in jenen Rechtskreise zurück, in welchem es sich im Jahre 1848 beehrte. — Das Lösungswort der Berathung sei: „das Heil des Vaterlandes — das Glück der Nation!" — Nach dem Primas zog der Obernotar P. Hamar gegen das Bacht'sche System los, das wie kein anderes Ereignis je zuvor die vaterländischen Institutionen von Grund aus zerstört habe. Der Fürst-Primas sei der Erste gewesen,

der diesem System ein „Bis hierher!" zugerufen. — Am Abend brachte die Garnison dem Primas einen Fackelzug und spielte den Ralocyp. Die Stadt war beleuchtet. — Am 12. wurden die alten Beamten vom 3. 1848 wieder eingesetzt. Zum ersten Vizegespan wurde Karl Palkovich, zum zweiten Joh. Meszner ernannt. — In die Comitatscommission ward auch ein Israelit, Dr. Hoffmann berufen. Am selben Tage gab Sr. Eminenz ein Diner von 100 Gedecken. Abends brachte das neue Beamtencomité dem Fürstprimas einen Fackelzug. — Der Heil des Tages, schreibt man dem „Vest. U.", ist Befriede. Er hält Ansprachen an das Volk und schafft Ruhe, wenn ein kleiner Gravaill zwischen Volk und Patrouille ausbricht.

## Deutschland.

Aus Frankfurt, 13. Dezember, wird der „B. u. H. Z." geschrieben: „In der heutigen Bundestagssitzung ist die Angelegenheit einer allgemeinen deutschen Wechselordnung ihrer Erledigung einen Schritt näher gerückt. Bei weitem haben die meisten Regierungen sich jetzt darüber erklärt, zustimmend, theils mit einzelnen Bedenken, und so soll denn, nach dem heutigen Antrage des handelspolitischen Ausschusses jetzt die betreffende Kommission in Nürnberg veranlaßt werden, die abweichenden Meinungen zu vermitteln und so wo möglich den ungesäumten Beitritt aller Bundesglieder herbeizuführen. Der Antrag wird heute über acht Tage zur Abstimmung gelangen."

Wie schon telegraphisch gemeldet, hat die wegen Ermäßigung der Rheinzölle in Karlsruhe versammelte Konferenz von Bevollmächtigten der deutschen Rheinuferstaaten ihre Arbeiten vollendet. Man hat sich nicht nur über eine sehr beträchtliche Ermäßigung der Rheinzölle geeinigt sondern es ist damit auch das einzige Hindernis beseitigt, welches seit der Aufhebung der Durchgangszölle des Zollvereins entgegenstand. Ueber den Inhalt der Vereinbarung bringt die „Karlsruh. Zeitung" folgendes Nähere: Alle zur Zeit bestehende Rheinzoll-Befreiungen bleiben aufrecht erhalten; auch die Erhebung der Recognitiongebühr der Rheinzölle zur 1/20-Gebühr und jener vom Bau- und Ruhholz bleibt unverändert; dagegen wird für Baaren der Rheinzoll zur vollen und zur Viertelgebühr in der Berg- und in der Thalfahrt von Baden, Baiern und Preußen auf ein Zehntel des für die Bergfahrt gültigen vollen Normalzolls — und von Hessen und Nassau auf ein Sechstel desselben Normalzolls ermäßigt. Von dem Fortbestand der Tariffälle für Bau- und Ruhholz abgesehen, werden also statt der bisherigen sechs Tariffälle künftig nur drei Tariffälle für Baaren bestehen, nämlich der an der Stelle der vollen und der Viertelgebühr tretende ermäßigte Satz, welcher für Berg- und Thalfahrt gleich ist; sodann der Satz der 1/20-Gebühr für die Bergfahrt und der Satz der 1/40-Gebühr für die Thalfahrt. Der ermäßigte Satz der vollen und der Viertelgebühr beträgt für die ganze Strecke von Emmerich bis Mannheim noch etwa 4 1/2 Kr. Er wird übrigens erst vom 1. März nächsten Jahres an in Vollzug treten. Außerdem soll den Schiffen und Flößen noch die weitere Erleichterung zu Theil werden, daß sie bei einem Rheinzoll-Amte die Rheinschiffabgaben sogleich für alle weiteren Rheinstrecken, die sie befahren, entrichten können, damit sie bei den späteren Rheinzollämtern, falls sie nicht Beiladungen aufnehmen, anzulegen genöthigt sind. Die Aufhebung der Durchgangszölle des Zollvereins ist gleichfalls auf den 1. März 1861 in Aussicht genommen.

Der bayerische Landtag wird wie die „A. Z." meldet auf den 29. d. einberufen werden.

Die Einberufung des allgemeinen preussischen Landtages wird wenige Tage vor dem gesetzlich feststehenden äußersten Termin (15. Jänner) stattfinden. Zu dieser Eröffnung wird sich, so viel jetzt verlautet, der bisherige Präsident des Herrenhauses, Prinz Adolf zu Hohenlohe, nicht einfinden, da Gesundheitsrücksichten Sr. Durchlaucht verhindern, an den Sitzungen des Herrenhauses so hervorragenden Antheil zu nehmen, wie dies während der letzten Jahre geschehen.

Zwei preussische Johanniter-Ritter, die Grafen Bischoff und von Pöppel, sind nach Serbien, um von ihrem Orden den dortigen Christen Unterstützungsgelder zu überbringen und deren Verwendung zu überwachen. Bis Anfang dieses Monats waren von den Johanniter-Rittern für die syrischen Christen schon 11,590 Thlr. 9 Sgr. 9 Pf. an Beiträgen zusammengebracht, aus der Ordenskasse hat das Capitel dazu noch 6000 Thlr. bewilligt.

## Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Die Kaiserin ist gestern Abends 6 1/2 Uhr hier eingetroffen. Wie der „Moniteur" berichtet, war sie am Vormittag, 10 Uhr, in Fellestone an Bord des „Corse" gegangen und um 1 1/2 Uhr in Boulogne gelandet. Der „Pelican" begleitete den „Corse." Um 2 Uhr von Boulogne abgefahren, traf Ihre Majestät in Amiens den Kaiser, der ihr entgegengefahren war und sie nun hieher zurückgeleitet. „Die durch den Verlust der Herzogin von Alba so erschütterte Gesundheit der Kaiserin," fügt der „Moniteur" hinzu, „ist heute viel befriedigender." — Herr von Persigny soll keine Lust haben, das Ministerium des Innern zu beziehen. Er soll vorziehen, wie Lord Palmerston, in der Stadt zu wohnen und nur zu bestimmten Stunden sich in seine Bureau zu verlagern. — Die Vorarbeiten zur Umgestaltung des Ministeriums des Innern sind nun beendet, und man kann dieser Tage der Veröffentlichung der bereits bekannten Maßregeln durch den „Moniteur" entgegensehen. Die nothwendige Ergänzung dieser Reorganisation in den höheren Sphären der Verwaltung ist die durchgreifende Revision des Personalbestandes der Präfecturen, die durch ganz neue Kräfte ersetzt werden sollen. Der andere gleichfalls beabsichtigte Wechsel im diplomatischen Personal, das an auswärtigen Höfen ac-

creditirt ist, soll einstweilen noch verschoben werden. In dem Marine-Ministerium erwartet man auch weitere Umänderungen. Herr de la Roncière le Mourry trifft morgen früh über Marseille hier ein. Vice-Admiral Boue-Willamez, Sec-Präfect in Cherbourg, ist gleichfalls hieher beschieden. — An Stelle des Contre-Admirals Jennesse ist durch kaiserliche Entschliebung vom 12. d. der Contre-Admiral Chopin zum subordinirten Commandanten im Evolutions-Geschwader ernannt worden. — In Süd-Frankreich ist fortwährend heftiges Regenerwetter. — Durch das Decret vom 28. Sept. 1867 war die Zahl der Mitglieder der Rechnungskammer (cour des comptes) auf 80 festgesetzt worden. Die Geschäfte dieser Behörde haben sich aber seitdem so vermehrt, daß eine Vermehrung des Personals nothwendig geworden ist. Durch Decret vom 12. d. ist die Zahl der vortragenden Räte daher auf 84 erhöht worden, wovon 24 erster und 60 zweiter Classe sind. — Die erste Senatorstelle, welche frei wird, ist von dem Kaiser für General Montauban, die zweite für General Goyon, die dritte für den Präfecten von Versailles, Herrn von Marsault, bestimmt. — Ein kaiserliches Decret vom 11. d. ernannt den Bischof Forcade von Guadeloupe, den Abbé Magnin in Annecy, den General-Vicar Ravinet in Paris und den Pfarrer Christophe zu Bischöfen von Troyes, Annecy, Nevers und Soissons. — Das Gerücht ist verbreitet, Herr Fould werde nächstens die Finanzen übernehmen. — Unter dem Titel: „Le Parlement" soll binnen Kurzem ein neues Journal erscheinen. Der Deputirte Olivier (von der äußersten Linken des gesetzgebenden Körpers) wird als dessen Chef-Redacteur genannt. — Die seit einigen Tagen mit großer Ungebuld erwartete Broschüre ist heute bei Dentu erschienen. Es wurde förmlich Queue gemacht, um sie zu bekommen; die erste Auflage wird wohl heute Abends oder morgen früh schon vergriffen sein. Die „Kölnische Zeitung" brachte bereits eine Uebersetzung derselben, bevor noch die Broschüre selbst in Paris ausgegeben wurde. Dieselbe ist übrigens nicht von Lagueronniere verfaßt, sondern, wie man versichert, das Werk einer Finanzautorität, welche an der Spitze eines großen Creditinstitutes steht. (Verre.) Doch soll Kaiser Napoleon von der Schrift Einsicht genommen und manche Winke zu derselben gegeben haben. — Man spricht von einem sehr bedeutenden Anlehen, das Rußland in der nächsten Zeit zu contrahiren beabsichtigt. Dasselbe soll größtentheils zur Ablösung der Leibeigenen verwandt werden.

## Großbritannien.

Von Neuem werden Bedenken gegen die praktische Verwendbarkeit der Armstrong-Kanonen laut. Gerade in China, wo so lobende Berichte über ihre Solidität und Wirksamkeit eingelaufen waren, sollen sich bedeutende Gebrechen derselben herausgestellt haben und daraus mag die seitdem in Abrede gestellte Angabe der „Pres" entstanden sein, daß aus Versehen die unrichtige Munition verabfolgt worden sei. Das „Chronicle" erzählt heute, es sei ein Bericht ans Kriegsministerium eingelaufen, demzufolge die Armstrong-Kanone viele bedeutende Fehler besäßen. Bekanntlich hat das eiserne Geschöß einen theilweisen Ueberzug von Blei, damit es sich beim Abfeuern dem gezogenen Geschößrohre anpasse. Dieser Ueberzug, so heißt es, lockert sich, in Folge der galvanischen Zersetzung, die bei Berührung zwischen Eisen eintritt, mit der Zeit. Und wird eine so in ihren beiden Hauptbestandtheilen gelockerte Kugel abgefeuert, kann es vorkommen, oder ist auch vorgekommen, daß die Bleihülle im Fluge abspringt und die eigenen Pfähle trifft, über welche die Kugel hinüber geschossen wurde. Aus demselben Grunde soll sich an den Kugeln mit der Zeit so viel Dryd ansetzen, daß die Kugel nicht mehr ins Rohr paßt, und überdies ist es, wie verlautet, vorgekommen, daß die beiden beweglichen Samenzstücke des Geschößes beim Abfeuern mit fortgeschneit wurden, wodurch die Kanone, oft im entscheidendsten Momente, unbrauchbar wurde. In wie weit diese Angaben begründet sind, wird sich wohl bald herausstellen.

## Italien.

Wie man der „R. Z." aus Rom berichtet, ist zu Anfang dieses Monats ein transatlantisches Geschenk in Goldbarren, theils auch in hier zu realisirenden Wechseln in der bedeutenden Summe von zwei Millionen und dreihunderttausend Scudi, also etwa vierhalb Millionen Baler, im Vatican eingegangen. Die Einsender des Geschenkes, amerikanische Bischöfe und Laienvereine, wünschen nicht namhaft bekannt zu werden, weshalb Näheres darüber in die Öffentlichkeit nicht kommen dürfte. Somit ist ein plötzlicher Stillstand der Verwaltungs-Refforts aus Mangel an Geldmitteln für die Deckung der laufenden Ausgaben, zumal für die Auszahlung der Beamtengehälter, jetzt nicht mehr wie noch vor Kurzem zu besorgen. Damit ist aber in unsere Lage durch die allseitige politische Pression von außen keine Besserung gekommen. Driveto ist fortwährend der Mittelpunkt eines rastlos thätigen Revolutions-Comités, das die Provinzen Viterbo und Civita-Vecchia in der heftigsten Agitation erhält. Die päpstlichen Civil- und Militärbeamten haben einen sehr schweren Stand, obgleich die Franzosen zur Aufrechterhaltung der Autorität der päpstlichen Herrschaft dort sind.

Als der heilige Vater am 7. d. gegen Abend von einer Andachtsfeier in der Kirche der zwölf Apostel zum Vatican zurückkehrte, entstand auf Plätzen und Straßen, die er passirte, ein so plötzlicher und allgemeiner Volkszusammenlauf, daß die seinen Wagen begleitenden Gardien anfänglich nicht wußten, ob sie es für eine Manifestation treuer Anhänglichkeit oder für Tumult in feindlicher Absicht zu nehmen hätten. Bald aber ließ das Schwenken mit Hüten und Lächern, der glänzende Apparat mit seidenen und gewirkten Teppichen, die aus den Fenstern wie auf ein gegebenes Zeichen ausgingen, das Evidarufen ohne Ende keinen Zweifel



und englische Bevollmächtigte eingetroffen waren. Er hatte die Fahrt, den Weiho aufwärts, auf dem russischen Klipper Kasbaink gemacht. Die Bevölkerung hatte die Russen sehr warm empfangen, sie als Freunde und Erretter von den Mäirten begrüßt, ihnen Lebensmittel gebracht, ohne Bezahlung nehmen zu wollen, und die Stadt Tientsin sandte sogar eine Deputation an den General, um seinen Schutz zu erbitten.

### Türkei.

Ein vom 14. d. datirtes Londoner Telegramm meldet aus Konstantinopel vom 5., der sardinische Gesandte in Konstantinopel habe gegen die Wegnahme der an der Sulina-Mündung mit Beschlag belegten, unter sardinischer Flagge segelnden und Kriegsgegenstände führenden Schiffe protestirt. In Folge dieses Protestes sei einem dieser Schiffe die Rückfahrt nach Genua gestattet worden. Ähnliche Berichte enthalten auch ein Marseiller und ein Triester Telegramm. Die aus Konstantinopel direct eingetroffenen, bis zum 8. reichenden Blätter melden nichts hievon.

### Asien.

Die mit der Indischen Post angekommenen Blätter aus Bombay, den 10. November, sprechen in sehr besorgtem Tone von der organisirten Opposition der Eingebornen gegen die Erhebung der Einkommensteuer. So sagt die „Bombay Gazette“: „Von einem Ende Indiens bis zum anderen herrscht Unzufriedenheit. Hier in Bombay herrscht das allgemeine Einverständniß, die Geschäfte so lang einzustellen, bis die Einkommensteuer abgeschafft ist. Die Bewegung begann aber auf dem platten Lande, von wo seit geraumer Zeit kaum eine Bestellung eingelaufen ist. Jetzt haben sich

zum eine Stellung eingenommen ist. Jetzt haben sich die eingeborenen Händler Bombay's der Bewegung angeschlossen, und seit 8 Tagen war es den Großhändlern unmöglich, ein einziges Stück Tuch im Bazar abzusetzen. Der Entschluß der eingeborenen Kaufleute scheint ihren Waarenvorrath los zu werden und dann ihre Lokale zu schließen. Nach einem Gerücht sollen sogar die Getreidehändler ihren Agenten in Moosuffil die Weisung gegeben haben, kein Korn mehr nach Bombay zu senden. Die Hindus kufen außerdem große Quantitäten Stangen Silber an, als ob sie neuen Unruhen entgegen sähen und ihr Vermögen gern in einer zum Vergraben geeigneten Form zu haben wünschten. Auf nächste Woche fällt das große Dewalléesfest, und sowohl hier wie in Poona hat man ausgeprengt, daß die üblichen Illuminationen unterbleiben werden und nicht Wenige befürchten Krawalle in den Bazar. Leider hat man (d. h. unter den Europäern) wenig Vertrauen zur Regierung, die den unglückseligen Bock schuß, so verwickelte und skandalisirende Steuerformulare auszugeben, daß der Eingeborne unmöglich verstehen konnte und durch die Zahl und Fassung der zu beantwortenden Fragen schier zum Wahnsinn getrieben werden mußte. Dem ist jetzt abgeholfen durch die Ausgabe einfacherer Formulare, die Jedermann verständlich sind und nichts als eine Angabe des Gesamtprofits der zu steuernden Personen verlangen. Aber die Wirkung des ersten Schrittes ist nicht ungeschehen zu machen, und die Regierung verschlimmert die Sache, indem sie mit apathischem Sicherheitsgefühl Erscheinungen übersieht, die Jeden an die Vorläufer der Meuterei von 1857 erinnern. In demselben Ton äußert sich die „Bombay Times“, während der „Telegraph and Courier“ die Eingeborenen vor den Folgen ihrer Thorheit warnt. Die Steuer sei eine verfehlte Maßregel, aber ein notwendiges Uebel, wofern man der Regierung nicht ein besseres Mittel zur Deckung des Defizits an die Hand geben könne. Indien befinde sich in einer genug schlimmen Lage; die Combinationen der Bazarleute aber könnten zu einer Rebellion, zur Verhängung des Belagerungsstandes über die ganze Halbinsel und zur Unterdrückung aller Freiheiten auf ein Menschenalter führen.

Ueber die Plünderung des kais. Sommer-Palastes bei Peking wird gemeldet: „Die öffentlichen Empfangszimmer, die Staats-Privat- und Schlafgemächer, Vorzimmer und Boudoirs, Alles wurde geplündert. Kunstgegenstände, Erzeugnisse inländischer und fremder Gewerbe mitgenommen oder zertrümmert, wenn sie zu groß waren, um sie transportiren zu können. Künstliches Gitterwerk, Schirme, Ornamente von Sappas, Glocken, Uhren, Krüge und andere Gegenstände der Einrichtung und des Luxus fielen der Zerstörung anheim. Die enormen Vorräthe von Kleidungsstücken, mit Silber und Gold reichgestickte und mit dem F. is. Drachen versehene Röcke, Stiefel, Kopspuk, Fächer etc., ganze Zimmer anfüllend, wurden fortgeschleppt oder zerstreut und zerissen. Aus den Vorrathskammern wurde das in Rollen, wie es zu Kanton zu 20 oder 30 Dollars per Stück gekauft wird, aufbewahrte Seidenzeug hervorgeholt und lag auf dem Boden zur Auswahl umher. Nach einer Berechnung, die in jenen Zimmern angestellt wurde, müssen 70—80,000 Stück daselbst gelegen haben. Dapon waren Hunderte

umher geworfen, zertreten und die Gänge dicht damit bedeckt. Jeder nahm so viel er konnte mit sich. Im französischen Lager sah man andere Hunderte von Stücken. Einige bewahrten sie auf, Andere benutzten den Stoff als Leinwand und Bettdecken. Am 7., Nachmittags, ging eine Anzahl mit Stöcken bewaffneter Franzosen durch die Zimmer und zerschlug alles, was noch darin befindlich war: Spiegel, Schirme, Holzeinfassungen u. Ein großer Vorrath von Gold- und Silberbarren ist unter der Obhut einer Wache und soll zwischen den Engländern und Franzosen getheilt werden. In einem der Vorzimmer zum Staats-Schlafgemach des Palastes wurde der Vertrag von Tientsin

in englischer und chinesischer Sprache, von Lord Elgin unterzeichnet, gefunden. Er lag mitten unter zertrümmerten Gegenständen; die englische Schrift aber zog die Augen eines Soldaten auf ihn, der ihn mit sich nahm. In der Umgegend des Palastes waren in

Die Aufhebung der Chedarith wäre in der That eine unverschämte Calamität für die hiesige Israelitengemeinde.

Es ist freilich eine traurige Sache, daß die Hauptschule sich bis nun noch nicht mit den Wünschen der Gemeinde identificirt, sich bei derselben nicht popular gemacht hat. Es gähe die hiesigen israelitischen Gemeinde Unrecht, wenn man sie lediglich Befürwortungen zeigen wollte, weil sie die Jugend in einer Schule nicht schiebt, welche seit ihrem Bestande an vielen Uebeln leidet.

Nach der Ueberzeugung aller Pädagogen müssen Volksschulen die sittlich-confessionelle Erziehung mit der profanen Bildung und zwar zunächst die erstere — vertreten, denn Volksschulen sind keine Lehranstalten im konkreten Sinne, hier handelt es sich nicht um allseitige Bildung, um Altkenen's Weisethum.

Ferner werden Pädagogen sich der Einsicht nicht verschließen, daß an Volksschulen nur solche Lehrer mit gutem Erfolge wirken können, welche in confessioneller Beziehung der Gemeinde und der Schule angehören. An der hiesigen i. r. Volksschule ist in besagter Hinsicht eine Anomalie, und diese dauert schon mehrere Jahre. Es ist also begrciflich, daß auch der Umlauf den Einfluß der Schule auf die Gemeinde lähmt, was die äußerst geringe Schüleranzahl beweist.

Betrachtet man die Zustände der Schule noch näher, so wird man finden, daß deren geringe männliche Frequenz auch daher rührt, daß dem Cultus-Vorstande der hiesigen Israelitengemeinde jedes Recht benommen ist, in die Schulverhältnisse einzugreifen. Jedweder Antrag des Cultus-Vorstandes bezüglich der Schule wird Schulbehördlichkeit ignorirt.

Indem also der Hauptculus jeder nothwendige Einfluß des Cultus-Vorstandes entzogen wird, ist es ganz leicht zu begreifen, warum derselbe auf der Gemeinde Sympathien für die Hauptschule nicht einwirken kann. Wäre dieser Fall nicht, so hätte z. B. der Ortsrabbiner um Vereine mit dem Cultus-Vorstande den Zweck der Schule bedeutend fördern können. Die Gemeinde könnte überaus jährlich eine nicht unbedeutende pecuniäre Ersparniß im Haushalte erzielen, wenn der Rabbiner die religiöse Obhut der Schule repräsentirte, wodurch die Dotirung eines Religionslehrers überflüssig wäre.

Was einen Schul-Direktor, der nun zu ernennen ist, betrifft, wäre es zu wünschen, daß ein solcher außer allen anderen Qualifikationen ein Mann von Charakter und Energie und eine beliebte Individualität bei der Gemeinde wäre, ferner, daß er auch der polnischen Sprache kundig und in derselben zu unterrichten verstünde. Es wird wohl jedem einleuchten, daß die polnische Sprache unumgänglich notwendig ist für die die Hauptschule besuchende Jugend; denn, wenn sie dann in höhere Unterweisungen anstalten übertritt, so ist die polnische Sprache eine conditio sine qua non zu Erreichung eines wissenschaftlichen Verusos. Nachdem ferner der Schul-Direktor gewissermaßen Cullus Angelenheiten, gleich einem Rabbinen, zu vertreten hat, so dürfte derselbe nothwendig aus der Wahl und Zustimmung der Gemeinde hervorgehen, dem Rabbinen in der Pflege und Wahrung geistlicher Interessen der Gemeinde würdig beistehen, denn ein Schul-Direktor als bloßer Verordneter der Schulangelegenheiten gegenüber der k. k. Schulbehörde müßte doch nicht die Gemeinde mehr denn 800 Gulden d. M. jährlich kosten.

Es ist nun bis zur Evidenz dargehan, wie nothwendig und angezeigt eine durchgreifende Regelung der Schulverhältnisse in der hiesigen Israelitengemeinde sich herausstellt um dem wahren jüdenbühmlichen Fortschritte in der Gemeinde eine freie Straße zu öffnen, und der Anwendung von Zwangsmaßregeln in Schulen der Schule ein für alle Mal ein Ende zu machen. S. F.

— Bei der Verlosung der Fürst Gietzhay-Kasse am 14. b wurden die Haupttreffer noch nicht gezogen. Die Ziehung ward am Montag fortgesetzt. Größere Treffer sind entfallen auf Nr. 28.543, dann 167.092 mit je 500 fl., und Nr. 121.409, dann 33.846 mit je 400 fl.

**Wien,** 17 December. National-Anlehen zu 5% 76.80 Gek. 77.30 Waare — Neues Anlehen 85.50 G. 86.50 W. — Galizische Grundentlastungs-Obligationen zu 5% 65. — G. 65.50 W. — Aktien der Nationalbank (pr. Sind.) 748. — G. 750. — W. — der Kredit-Anstalt für Handel und Gew. zu 200 fl. österr. Bähr. 170.20 G. 170.30 W. — der Kaiser Ferdin. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. 1943. — G. 1944. — W. — der Galiz.-Karlsb.-Bahn zu 200 fl. C.M. 120 (60%) Einz. 150 — G. 51. — W. — Wechsel (3 Monate) auf: Antkurt u. A. W., für 100 Gulden südd. W. 120.25 G. 120.50 W. — London, für 10 Mpd. Sterling 140.40 G. 140.60 W. — K. Münzfußarten 6.63 G. 6.64 W. — Kronen 19.35 G. 19.38 W. — Napo (Cond'ori) 11.21 G. 11.22 W. — Russ. Imperiale 11.53 G. 11.54 W.

poln. 110 verl. fl. poln. 108 qtz. — Poln. Banknoten für 100 fl.  
öherr. Währung fl. poln. 327 verlangt, 321 bezahlt. — Preuss.  
Sourant für 150 fl. öherr. Währung Thaler 72 verl., 70%  
bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öherr. Währ. fl. 140 ver-  
langt, 138% bez. — Russische Imperials fl. 1140 verl., 1120%  
bezahlt. — Papelen/bers fl. 1120 verlangt, 11. — bezahlt.  
— Vollwichtige holländische Dufaten fl. 6.50 verl., 6.40 bezahlt.  
— Vollwichtige öherr. Rand-Dufaten fl. 6.60 verl., 6.50 bezahlt.  
— Poln. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. fl. v. 100 verl., 99 bez.  
— Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons fl. öherr. Währung  
8 verl., 87 bezahlt. — Grundentlastungs-Obligationen öherr.  
Währung 66. — verlangt, 65. — bez. — National-Anleihe von dem  
Jahre 1854 fl. öherr. Währ. 77 verlangt, 75.50 bezahlt. Aktien  
d. Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons mit der Einzahlung 60%  
d. öherr. Währ. 153 verl., 151 bez.

### Königliche Nachrichten.

Der „Moniteur“ vom 16. d. enthält eine officielle Depesche aus Petersburg vom 15. d.: Der Friede mit China ist am 26. Oktober unterzeichnet worden. Der Kaiser hat Anstalten zur Rückkehr getroffen, die wirthen beginnend Deking zu räumen.

Der „*Oberver*“ meldet: Ungeachtet des Friedensschlusses wird Zient-sin von den Wüirten besetzt und befestigt, da dieser Platz die Verbindung mit dem Meere sehr erleichtert.

Nach einer tel. Mittheilung aus München hat der bisher zugleich in Turin beglaubigte k. bayerische Gesandte in Rom, Baron Berger, der sardinischen Regierung eröffnet, daß er seine Beglaubigung für erloschen zu betrachten habe. Die sardinische Gesandtschaft hat den Befehl erhalten, München zu verlassen.

Ein Telegramm aus Neapel vom 16. versichert, die französische Flotte werde Gaeta binnen Kurzem verlassen.

Wie der „Perseveranza“ mitgetheilt wird, treffen die Franzosen Anstalt, Biterbo zu räumen.

---

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Vogel.

---

Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten vom 17. December 1860.

Angekommen sind die Herren Gutsbesitzer: Albert Erdmann aus Teschen. Titus Bobrowski aus Larnów.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Bogislaus Bogués nach Pzemien. Ladislaus Bilecki nach Górska. Johann Szepiych nach Pzemysl. Gotzcl Schwalibg nach Grejec. Ferner die Herren Bezirks-Vorsteher: Emanuel Schiermer nach Wieliczka. Karl Schmitt nach Chyrnow.



